

Bildung, Beruf, Integration

Jugendliche Migranten in Deutschland



INITIATIVE >
Neue Soziale Marktwirtschaft

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-14879-0 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45494-5 (E-Book/PDF)



© 2011 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Georgenstraße 22

10117 Berlin

info@insm.de

www.insm.de

Text und Redaktion: Andreas Wodok, IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Gestaltung und Produktion: IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Fotos: bildstelle, dpa, fotolia, getty images, Photocase, Plainpicture, Westend61

Erschienen in der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.



Inhalt

Seite

Reden wir über Integration 2

Aygül Özkan und Katarzyna Zielonka – zwei von 16 Millionen 6

Bildung, Arbeit, Einkommen: Migranten in Deutschland 9

Berufliche Integration: Nachbessern ist gut 13

... Vorbeugen ist besser 17

Integration: Ein Gewinn für Deutschlands Zukunft 20



Reden wir über ...



Das Thema Integration sorgt in jüngster Zeit vermehrt für öffentliche Aufmerksamkeit. Es werden Bücher darüber geschrieben, in Talkshows wird darüber diskutiert und in Baden-Württemberg hat die neue grün-rote Landesregierung im Mai 2011 sogar das erste eigenständige Ministerium für Integration in Deutschland geschaffen. Anlass für die – zum Teil hitzigen – Diskussionen sind oft wissenschaftliche Untersuchungen, in denen die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Migranten und Nicht-Migranten in Deutschland und Europa miteinander verglichen werden. Egal ob es sich dabei um nationale Studien wie das „Jahresgutachten 2010“ vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration handelt oder um internationale Schulleistungsvergleiche wie die PISA-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – alle Wissenschaftler kommen zum gleichen Ergebnis: in Deutschland gibt es noch

immer eine gravierende Bildungsbenachteiligung von Menschen mit niedriger sozialer Herkunft und Menschen mit Migrationshintergrund. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Beispiel schreibt in seinem Informationsdienst zur Integrationsarbeit: „Im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund sind Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Haupt- und Sonderschulen noch immer überrepräsentiert und in weiterführenden Schulformen unterrepräsentiert.“ Die Wissenschaftler sagen aber auch: „Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in sozial besser gestellten Familien aufwachsen und zu Hause die Sprache des Einwanderungslandes sprechen, verfügen über ähnlich hohe Kompetenzen wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund.“

Mit anderen Worten: Bildung ist das A & O einer erfolgreichen Integration. Genau darum geht es in dieser Broschüre. Sie richtet sich an Schüler und Schülerinnen sowie an Lehrerinnen und Lehrer und soll im Unterricht als Grundlage dafür dienen, das Thema



Integration einmal mit den Augen eines (Bildungs-)Ökonomen zu betrachten. Selbstverständlich gibt es neben der wirtschaftlichen auch andere Sichtweisen, vor allem psychologische und soziologische. Letztlich aber geht es immer darum, allen Menschen in der Bundesrepublik die gleichen Chancen auf Erfolg und Teilhabe zu geben und sie in allen Facetten des gesellschaftlichen Lebens zu integrieren – und das ist ohne wirtschaftliche, sprich berufliche Teilhabe kaum möglich. Denn in der Regel gilt: Nur wer einen Beruf erlernt und ausübt, kann sein Leben individuell gestalten und verantwortungsbewusster Teil der Gesellschaft sein.

Diese Broschüre ist wie folgt aufgebaut: Das nächste Kapitel gibt eine kurze Einführung in das Thema Migration – es erzählt von den ersten Zuwanderern in den 1960er Jahren, von Menschen, die es in höchste staatliche Ämter geschafft haben, aber auch von jenen, die Schwierigkeiten haben, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Danach geht es vor allem um Zahlen: Anhand offizieller Statistiken werden die Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten in Sachen Bildung, Arbeit und Einkommen offenlegt – dieses Kapitel zeigt also, woran es in der beruflichen Integration noch hapert. Auf Basis dieser Fakten geht es dann um die Frage, welche konkreten Bildungs- und Qualifikationsangebote es für Migranten in Deutschland bereits gibt und was noch zu verbessern ist. Das abschließende Kapitel zeigt, dass die Integration in Deutschland einerseits weit besser ist, als es die öffentlichen Diskussionen glauben machen – und warum es sich andererseits für alle Beteiligten lohnt, die bestehenden Mängel zu beheben.

Außerdem gibt es in dieser Broschüre viele nützliche Internetadressen. Sie bieten weiterführende Informationen für alle Leserinnen und Leser, die entweder selbst einen Migrationshintergrund haben oder die sich – zum Beispiel in der Schule – aus anderen Gründen mit den Themen Migration und Integration beschäftigen.

Was ist das? **Integration**

Wer einmal das Wort „Integration“ googelt, der bekommt Millionen Treffer angezeigt. Die ersten beiden Links führen – wie so oft – zu Wikipedia, und dort lesen wir, dass Integration vom lateinischen „integrare“ abstammt und „wiederherstellen“ oder „Herstellung eines Ganzen“ bedeutet. Ganz ähnlich formulieren es auch Soziologen, also jene Wissenschaftler, die sich mit dem Zusammenleben von Menschen befassen: Integration bedeutet, dass jene einbezogen werden, die bislang aus irgendeinem Grund aus einer Gesellschaft ausgeschlossen waren. Dies ist zum Beispiel bei Menschen der Fall, die aus ihrer Heimat in ein anderes Land auswandern – und weil „auswandern“ im Lateinischen „migrare“ heißt, spricht man bei diesen Menschen von Migranten. Egal ob ein Deutscher nach Spanien, ein Türke nach Deutschland oder ein Italiener in die USA auswandert: Die Integration von Migranten ist weder ein einmaliges noch ein einseitiges Ereignis, sondern ein Prozess in mehreren Schritten, der beiden Seiten Rechte gibt und Pflichten auferlegt – sowohl den Migranten als auch dem Land, in das sie einwandern. So sieht es auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf seiner Homepage www.integration-in-deutschland.de: „Integration ist ein langfristiger Prozess. Sein Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zuwanderern soll eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen.“



Dr. Lale Akgün über Integration



Dr. Lale Akgün ist Deutsche türkischer Herkunft. Die Medizinerin und Psychologin ist verheiratet, Mutter einer 22-jährigen Tochter und arbeitet derzeit als Gruppenleiterin „Internationale Beziehungen und Eine-Welt-Politik“ in der Staatskanzlei Düsseldorf. Als Autorin landete Lale Akgün 2008 mit „Tante Semra im Leberkäseland – Geschichten aus meiner deutsch-türkischen Familie“ einen Bestseller; in ihrem neuen Buch „Aufstand der Kopftuchmädchen – Deutsche Musliminnen wehren sich gegen den Islamismus“ macht sie sich stark für einen „neuen Islam, einen, der die westlichen Werte, die Werte der Französischen Revolution und der Aufklärung anerkennt“. Wir sprachen mit Lale Akgün über Integration.

Frau Akgün, wenn von Integration gesprochen wird, fällt fast zwangsläufig der sperrige Ausdruck „Menschen mit Migrationshintergrund“ – haben Sie einen besseren?

Lale Akgün: Nein, aber viel wichtiger als ein Begriff ist der Inhalt, den die Menschen damit verbinden. Was also ist der Inhalt von „Migrationshintergrund“? Die 17 Millionen ADAC-Mitglieder in Deutschland fahren alle Auto, das ist ihre Gemeinsamkeit. Aber was haben die 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund gemeinsam? Was habe ich als 57-jährige Akademikerin, die aus einem türkischen Elternhaus

stammt, mit einem Afghanen zu tun, der aus den Kriegswirren hierher geflohen ist? Oder mit einem afrikanischen Kind, einem Chinesen, einem Amerikaner? Natürlich gibt es gewisse Schnittmengen, aber wir bilden keine einheitliche Gruppe, die man in die eine Schublade namens Migrationshintergrund stecken kann. Jeder, der in Deutschland jünger ist als 49 Jahre, lebt hier weniger lange als ich – aber ich habe einen Migrationshintergrund.

Sie fühlen sich also eher als Deutsche?

Lale Akgün: Ich fühle mich als Frau, als Akademikerin, als Angestellte, als Feministin, als Mutter, als Gewerkschafterin, als Psychologin, Autorin,

Politikerin, Ehefrau, Krimiliebhaberin – aber all das interessiert die Leute nicht, sie wollen wissen, ob ich mich als Türkin oder als Deutsche fühle. Aber was heißt es denn, sich als Deutsche oder Deutscher zu fühlen?

Sagen Sie es uns.

Lale Akgün: Ich glaube, dass die nationalen Identitäten in den kommenden Jahren an Bedeutung verlieren. Und ich wünsche mir, dass sich gerade junge Leute eher als Europäer verstehen, denn damit machen sie eine politische Aussage und bekennen sich zu einer neuen Lebensform. Der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts mit seinen künstlichen Grenzen und Nationalgefühlen – gleiche Rasse, gleiche Sprache, gleiche Vorlieben – ist ein Konstrukt. Europa dagegen steht für etwas Gemeinsames, nämlich für Frieden, soziale Sicherheit, Wohlstand für alle.

Noch aber ist so ein Europa Vision. Die multikulturelle Gesellschaft funktioniert ja noch nicht einmal innerhalb Deutschlands.

Lale Akgün: Eine multikulturelle Gesellschaft braucht eine Philosophie – und genau die fehlt uns. In den USA heißt die Philosophie: Jeder ist willkommen. Aber die Amerikaner sagen auch: Nicht der Staat ist für dein Leben verantwortlich, sondern du. Amerika gibt seinen Einwanderern keinen Cent an Unterstützung, dafür aber das Gefühl, dass sie es schaffen können.

Und was macht Deutschland?

Lale Akgün: Deutschland gibt Geld, sonst nichts. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz, ohne ein gemeinsames Leitmotiv wird diese Gesellschaft schwerlich zusammenwachsen. Das ist auch der Grund, warum immer, wenn es der Wirtschaft schlecht geht,

die Diskussionen über mangelnde Integration oder gar Ausländerfeindlichkeit hochkommen. Der deutsche Sozialstaat ist zwar gut, aber das allein reicht nicht. Die Amerikaner sagen: Frag‘ nicht, was das Land für dich tut, sondern was du für das Land tun kannst. Das heißt nichts anderes als: Wenn du tüchtig bist, gehörst du dazu.

Um dazu zu gehören, muss man vor allem die Sprache eines Landes beherrschen...

Lale Akgün: ... richtig, ohne Sprachkenntnisse geht gar nichts. Als wir nach Deutschland gekommen sind, konnte außer meinem Vater keiner in der Familie Deutsch. Mein Vater engagierte sofort einen Privatlehrer, der uns drei Mal die Woche unterrichtet hat. Außerdem bin ich ja in die Schule gegangen und meine Schwester in den Kindergarten – nach einem halben Jahr konnten wir Deutsch.

Im Gegensatz zu einem Viertel der türkischen Frauen, die zwar schon seit Jahrzehnten hier leben, aber allenfalls gebrochen Deutsch sprechen...

Lale Akgün: Das stimmt, aber seien wir ehrlich: Diese Menschen lesen auch keine türkischen Bücher. Denn die Zuwanderer der ersten Generation kamen aus sozial benachteiligten Schichten. Sie haben nur so viel Deutsch gelernt, dass sie am Arbeitsplatz zurechtkommen und ansonsten nicht anecken. Und Deutschland ist ohnehin davon ausgegangen, dass sie nach einer bestimmten Zeit in ihr Heimatland zurückgehen.

Nach offizieller Definition war Deutschland bis in die 1990er Jahre hinein kein Einwanderungsland.

„Wer tüchtig ist, gehört dazu“

- **Lale Akgün:** De facto aber ist es das schon länger. Doch man kann nicht sozial Benachteiligte ins Land holen und ihnen dann nicht beim sozialen Aufstieg helfen. Was ist denn passiert? In den siebziger Jahren sind die deutschen Arbeiterkinder durch eine staatliche Bildungsoffensive aufgestiegen – und in diese Lücke sind die Migranten gestoßen. Deshalb ist die Gesellschaft heute ethnisch unterschichtet: Wenn wir von Migranten reden, reden wir vor allem von sozial Benachteiligten.

Was also ist zu tun?

- **Lale Akgün:** In Deutschland wird viel wertvolle Zeit vergeudet, nämlich genau die Zeit, in der Kinder besonders lernfähig sind. Deshalb ist eine Kindergartenpflicht so wichtig, deshalb brauchen wir eine Vorschulpflicht ab 4 Jahren. Nur so können wir Kindern aus sozial benachteiligten Familien eine Chance geben. Denn diese Kinder sprechen ja nicht deshalb kein oder nur schlechtes Deutsch, weil sie Türken oder Russen oder Polen sind, sondern weil sie aus Familien kommen, die keinen Wert auf Bildung legen.

• **Dann wäre der Staat ein Reparaturbetrieb für das, was in der Familie falsch gelaufen ist.**

• **Lale Akgün:** Natürlich kann der Staat nicht alle familiären Defizite ausgleichen. Aber wenn die Politik für solche Kinder keine Ganztagsangebote macht, dann muss sie wissen, was diese Kinder nach der Schule machen – sie sitzen zuhause vor der Glotze oder vor dem PC.

• **Laut Statistik haben junge männliche Migranten wesentlich mehr Probleme, sich zu integrieren, als junge Frauen.**

• **Lale Akgün:** Das stimmt, aber es gilt auch für Deutsche. In allen Institutionen, die Benachteiligte auffangen – vom Kinderheim über den Knast bis zur Psychiatrie – gibt es deutlich mehr Männer als Frauen. Bei manchen Migranten kommt noch die kulturell verankerte patriarchale Rolle hinzu, also die Vorstellung, ein Mann sei etwas Besonderes. In Deutschland ist dieses Denken in den letzten dreißig Jahren weitgehend überwunden worden, Frauen sind emanzipiert. Deshalb haben es vor allem junge muslimische Männer hier schwer, denn sie sind es nicht gewohnt, sich unterzuordnen und flexibel zu sein ■



Aygül Özkan & Katarzyna Zielonka

2 von 16 Millionen



Als Deutschland und die Türkei im Oktober 1961 ein sogenanntes Anwerbeabkommen unterzeichneten, war Aygül Özkan zwar noch nicht geboren, dennoch war der in Bad Godesberg abgeschlossene Vertrag in gewisser Weise die Grundlage für ihre Karriere. Aygül Özkan, geboren 1971 in Hamburg, machte ihr Abitur, studierte Rechtswissenschaften und arbeitete zunächst als Managerin – sieben Jahre bei der Deutschen Telekom und fünf Jahre bei der TNT Post Hamburg. Im April 2010 wurde Özkan dann zur niedersächsischen Ministerin für Soziales und Integration ernannt. Sie ist damit die erste türkischstämmige und muslimische Ministerin in Deutschland. Als ihre Eltern in den 1960er Jahren aus Ankara nach Hamburg zogen, galten die meisten ihrer Landsleute in Deutschland noch als „Gastarbeiter“. Denn die damaligen Anwerbeabkommen – die Bundesrepublik hatte solche Verträge auch mit Italien, Spanien, Griechenland, Marokko, Portugal, Tunesien und dem damaligen

Jugoslawien – sahen vor, gemäß des „Rotationsprinzips“ zunächst vor allem junge, ledige Männer zu suchen, die nach maximal zwei Jahren gegen „neue Arbeitskräfte“ ausgetauscht werden sollten. Dass aus den „Gastarbeitern“ im Laufe der Jahre Einwanderer werden würden, daran dachte damals noch niemand (siehe Kasten Seite 7).

Auch Katarzyna Zielonka hat einen beeindruckenden Werdegang hingelegt – so beeindruckend, dass ihre Geschichte in der Online-Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nachzulesen ist: Die gebürtige Polin – ihr Vater war Deutschlehrer – kam erst nach Abschluss ihrer Ausbildung in die Bundesrepublik, um hier Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zu studieren und „die Welt der Dichter und Denker“ kennenzulernen. „Ich habe alles von Polen aus organisiert, ein Studentenzimmer reserviert und mich bei der Krankenkasse angemeldet“, erzählt Zielonka. „In den ersten Wochen suchte ich nach

Stellen, um als Studentin nebenher zu arbeiten. So habe ich mich bei privaten Haushalten beworben, als Babysitter, Reinigungskraft, Köchin oder Fensterputzerin.“ Heute arbeitet Zielonka im Öffentlichen Dienst – eine Karriere, die weniger als zehn Prozent aller Migranten in Deutschland schaffen. Und obwohl sie sich „von der Mentalität her immer noch als Polin fühlt“, würde sie es noch einmal genauso machen: „In Deutschland habe ich alles gefunden: Freiheit, ein würdevolles Leben, Wohlstand, Vielfalt und Respekt.“

Aygül Özkan und Katarzyna Zielonka sind zwei Beispiele dafür, dass Integration sehr wohl gelingen kann. Aber sie sind eben nur zwei von rund 15,7 Millionen Menschen, die einen Migrationshintergrund haben (siehe Kasten „Migration“) und in der Bundesrepublik leben. Und viele dieser Menschen haben derzeit weniger gute Chancen, eine Karriere wie Lale Akgün, Aygül Özkan oder Katarzyna Zielonka zu machen.

Deutschlands langer Weg zum Einwanderungsland

Noch Jahrzehnte nach den ersten Anwerbeabkommen haben es alle Bundesregierungen abgelehnt, Deutschland als Einwanderungsland zu definieren. „Wir wollen und können kein Einwanderungsland sein“, sagte zum Beispiel Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahr 1979. Und als Cem Özdemir, heute Bundesvorsitzender der Grünen, 1995 zusammen mit anderen Politikern eine Anfrage zur „Situation der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland“ stellte, antwortete die Bundesregierung: „Die Fragesteller gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland ein ‚Einwanderungsland‘ ist. Dabei wird verkannt, dass Deutschland keine aktive Politik der Aufnahme von Ausländern mit dem Ziel ihrer dauerhaften Niederlassung betreibt. Das ist auch in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen. Sowohl die Bundesregierung als auch die ausländischen Arbeitnehmer gingen zu Beginn der Anwerbung in den Jahren seit 1955 von einem zeitlich begrenzten Aufenthalt aus.“ Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Hal-

tung war, dass sich in Deutschland jahrzehntelang praktisch niemand um die Einwanderer – die es ja offiziell gar nicht gab – gekümmert hat. Inzwischen aber hat sich das Blatt gewendet: „Deutschland ist ein Einwanderungsland“, sagt Maria Böhmer, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, und verweist darauf, dass mittlerweile 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland Migranten sind. „Da spüren natürlich viele Menschen, dass sich in diesem Land etwas verändert.“

Kurioserweise ist die Diskussion, ob Deutschland nun ein Einwanderungsland ist oder nicht, inzwischen fast überflüssig. Zwar kommen nach wie vor Menschen in die Bundesrepublik, doch in den Jahren 2008 bis 2010 gab es noch mehr, die Deutschland verlassen haben. Rein statistisch gesehen ist die Bundesrepublik derzeit also ein Auswanderungsland, de facto aber ist sie natürlich beides – sowohl Einwanderungsland als auch Auswanderungsland.

Was ist das? Migration

Definitionen des Statistischen Bundesamtes:

Menschen mit Migrationshintergrund sind „... alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Demnach gehören zur Gruppe der Migranten insbesondere alle Ausländer, (Spät-)Aussiedler und ihre Nachkommen sowie Kinder mit mindestens einem zugewanderten Elternteil.

Eigene Migrationserfahrung bedeutet, dass die Personen im Ausland geboren und selbst nach Deutschland eingewandert sind – diese Gruppe wird auch als erste Migrantengeneration bezeichnet.

Ohne eigene Migrationserfahrung bedeutet, dass die Personen als Nachfahren der ersten Migrantengeneration in Deutschland geboren sind – diese Gruppe wird als zweite oder höhere Migrantengeneration bezeichnet.

Diese Definitionen zeigen, dass Migranten nicht automatisch im Ausland geboren sind – sie können ebenso gut als Angehörige einer ethnischen Minderheit in Deutschland geboren sein. Um jedoch Wortungetüme wie „Menschen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung“ zu vermeiden, verwenden wir in dieser Broschüre der Einfachheit halber folgende Bezeichnungen und Synonyme:

- **Migranten** (Synonyme: Menschen mit Migrationshintergrund, Zugewanderte, Ausländer)
- **Deutsche** (Synonyme: Einheimische, Nicht-Migranten, Mehrheitsgesellschaft)

Migranten in Deutschland

Angaben in 1.000 nach Herkunftsland/-region für das Jahr 2009

Europa	10.289
EU-27	4.690
Griechenland	375
Italien	771
Polen	1.298
Rumänien	435
Sonstiges Europa	5.598
Bosnien und Herzegowina	240
Kroatien	367
Russland	1.060
Serbien und Montenegro	297
Türkei	2.502
Ukraine	251
Afrika	477
Amerika	385
Nordamerika	179
Asien, Australien und Ozeanien	2.060
Ohne Angaben	2.493
Insgesamt	15.703

Einen wichtigen Grund dafür nennt der Sachverständigenrat für Integration und Migration in seinem Jahresgutachten 2011: „Neben vielen anderen Integrationsaufgaben in der Einwanderungsgesellschaft gibt es enorme Herausforderungen im Bereich Bildung. Noch kann von gleichen Bildungschancen oder gar Bildungserfolgen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nicht die Rede sein.“ Tatsächlich verlassen im Vergleich zu deutschen Jugendlichen noch immer mehr als doppelt so viele Jugendliche aus Einwandererfamilien die Schule ohne Abschluss – und entsprechend schlechte Karten haben sie dann auf dem Arbeitsmarkt. Das ist schade, denn schließlich leben diese Jugendlichen heute in einem Land, dessen Einwohner selbst immer weniger Kinder bekommen und das deshalb in den kommenden Jahrzehnten enorme Schwierigkeiten haben wird, ausreichend Arbeitskräfte zu finden. Mit anderen Worten: Die Migranten der zweiten und dritten Generation hätten eigentlich die besten Möglichkeiten, in Deutschland Karriere zu machen – wenn sie eine gute Ausbildung haben.

Viele Industrienationen, die vor ähnlichen demografischen Problemen stehen, setzen auf ein Einwanderungssystem, das sich strikt an den Qualifikationen der Zuwanderer orientiert, und erzielen damit beachtliche Erfolge (siehe Kasten rechts). Deutschland aber tut sich bei dem Thema nach wie vor schwer: Nicht nur, dass es keine klar definierten Einwanderungsregeln gibt, die größte Volkswirtschaft Europas bietet auch den bereits hier lebenden Migranten nach wie vor Bildungs- und Berufschancen, die laut jüngstem Bildungsbericht von Bund und Ländern als „dramatisch“ zu bezeichnen sind. Die Folgen sind im nächsten Kapitel dokumentiert.

Zur Integration gehören immer zwei Seiten

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung bezeichnet Integration als einen „gegenseitigen Prozess der Angleichung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der schon ansässigen Bevölkerung“ und sagt, dieser Prozess müsse mit einer Öffnung der Aufnahmegesellschaft sowie dem Integrationswillen der Migranten einhergehen. Beide Seiten haben also bestimmte Aufgaben, die sie erfüllen müssen.

Was die Aufnahmegesellschaft bieten muss

- Rechtliche Gleichstellung
- Gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt
- Förderung von Bildung und Ausbildung
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen
- Toleranz gegenüber Ungewohntem
- Respekt gegenüber Pluralität innerhalb einer demokratischen Gesellschaft

Was Migranten bieten müssen

- Lernbereitschaft
- Sprache beherrschen
- Wille zur ökonomischen Eigenständigkeit
- Rechtsordnung akzeptieren
- Flexibilität
- Kulturelle und soziale Normen respektieren

Einwanderung in Kanada

Unter der Überschrift „Kanada kann's“ erzählte das Wochenmagazin „Stern“ im Herbst 2010 die Geschichte von Vijay Sappani. Als der heute 35-jährige Inder vor elf Jahren nach Toronto gekommen war, hatte er zwar einen Bachelor in Pharmazie in der Tasche, seine berufliche Karriere aber begann in der Küche eines Fast-Food-Restaurants. „Schon klar, das klingt kitschig“, sagt Sappani, „aber die meisten Einwanderer fangen nun mal so an – als Tellerwäscher, Tankwart oder Pizzabote.“ Heute ist Sappani Leiter der Großkundenabteilung von Kanadas größtem Pharmakonzern, er hat seit vier Jahren die kanadische Staatsbürgerschaft und sagt: „Ich bin Kanadier, ich fühle mich wie ein Kanadier, und vor allem werde ich auch so behandelt.“

Wer nun glaubt, dass die Einwanderung – und damit die Integration – in Kanada ein Kinderspiel ist, den warnt Jeffrey Reitz. „Unsere Einwanderungspolitik ist extrem elitär, sie

folgt klaren ökonomischen Kriterien“, erklärt der Soziologieprofessor von der Universität Toronto und sagt: „Nennen Sie es marktgetrieben. Nennen Sie es neoliberal.“ Oder brutal effizient, fügt der „Stern“ hinzu. Denn tatsächlich lässt Kanada nur zehn Prozent der Einwanderer aus humanitären Gründen ins Land, ein weiteres Drittel darf bereits in Kanada wohnenden Verwandten hinterherziehen – und der große Rest muss sich über ein strenges Punktesystem qualifizieren: Nur wer mindestens 67 von 100 Punkten erreicht, bekommt eine Aufenthaltsgenehmigung. Bewertet werden Ausbildung, Alter, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse. Wer jedoch diese Hürde genommen hat, bekommt alle erdenklichen Hilfen: In Kanada kümmern sich zahlreiche Regierungsstellen und staatlich finanzierte Organisationen um die Einwanderer.

Bildung, Arbeit, Einkommen: Migranten in Deutschland



Sowohl nationale als auch internationale Bildungsstudien kommen immer wieder zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland ein auffallend großes Bildungsgefälle zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt. So hat zum Beispiel die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris festgestellt, dass von den über 15-Jäh-

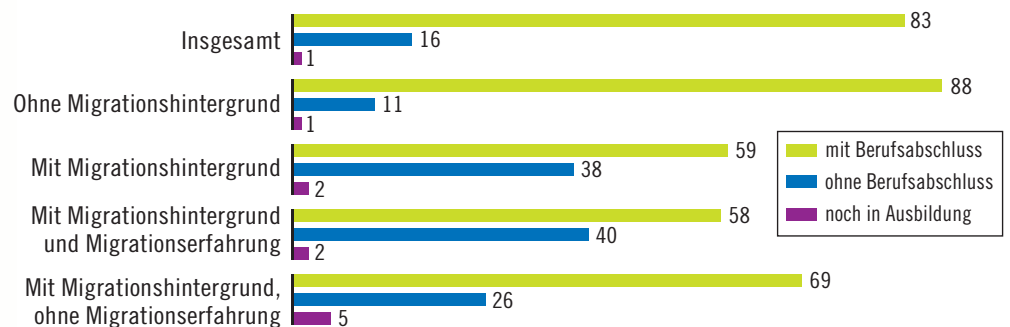
rigen mit ausländischen Wurzeln fast die Hälfte höchstens einen Haupt- oder Realschulabschluss hat – in der deutschen Bevölkerung ist der Anteil nur halb so hoch. Mit diesem großen Unterschied liegt Deutschland auf dem viertletzten Platz aller untersuchten OECD-Länder – neben Deutschland waren das Australien, die Schweiz, Kanada, Österreich, die USA, Schweden,

Irland, die Niederlande, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Japan. Am oberen Ende der Bildungsskala schneidet Deutschland sogar noch schlechter ab: Nur knapp 15 Prozent der Einwanderer sind hochqualifiziert – das ist der zweit schlechteste Wert hinter Österreich (11 Prozent) und ein Rückstand von fast acht Prozentpunkten gegenüber dem OECD-Durchschnitt.



Wer hat welche berufliche Qualifikation?

So viel Prozent der 25- bis 64-Jährigen in Deutschland haben folgende Qualifikation



Berufsabschluss: Lehre, Weiterbildungsabschlüsse wie Meister und Techniker, Hochschulabschluss sowie Qualifikationen wie Anlernausbildung und Berufsvorbereitungsjahr; Quelle: Statistisches Bundesamt

Was dieser internationale Vergleich schon andeutet, wird von deutschen Zahlen bestätigt. In der Gruppe der 25- bis 64-jährigen Menschen, also jenen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, haben 11 Prozent der Deutschen keinen beruflichen Abschluss, bei Personen mit Migrationshintergrund ist der Anteil mehr als dreimal so hoch, nämlich 38 Prozent. Allerdings gibt es innerhalb dieser Gruppe erhebliche Unterschiede. Während nämlich von den Menschen mit eigener Migrationserfahrung – also jenen, die im Ausland geboren und nach Deutschland eingewandert sind – immerhin 40 Prozent keinen Berufsabschluss haben, schneiden die in Deutschland geborenen Migranten schon viel besser ab: Von ihnen

haben „nur“ noch 26 Prozent keine Berufsausbildung – aber auch das sind noch mehr als doppelt so viele wie in der übrigen Bevölkerung.

Bildungsforscher und Politiker führen dies häufig auf die häusliche Situation und ein teilweise unbewusstes Fehlverhalten der Eltern zurück: Im Vergleich zu deutschen Kindern und Jugendlichen besuchen Migranten auffallend seltener einen Kindergarten und fehlen mehr als doppelt so häufig in der Schule – beides sind Missstände, für die leider oft die Eltern verantwortlich sind. Zudem stammen Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger aus Familien, in denen weder der Vater noch die Mutter einen höheren Schul-

abschluss haben. Warum das so ist, erklärte Aygül Özkan, Ministerin für Soziales und Integration in Niedersachsen, in einem Interview mit der Online-Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Einwanderer der ersten Generation waren einfache Arbeiter. Ihr Qualifikationsmerkmal war körperliche Fitness. Sie mussten sich einem Gesundheitstest unterziehen, sonst nichts. Man hat keine Intellektuellen ins Land geholt. Die Gastarbeiter hatten auch kaum Gelegenheit, sich in der Freizeit fortzubilden. Der Familienzusammenhalt unter Einwanderern ist stark, vielfach wurden die Kinder von den Großeltern betreut, statt in den Kindergarten zu gehen.“

Bildung: Der Einfluss des Elternhauses

Migranten

Nicht-Migranten

Eltern haben keinen Abschluss der Sekundarstufe II



54%



8%

Eltern haben maximal 10 Bücher im Haushalt



18%



5%

Eltern besitzen kein Wörterbuch/Lexikon



7%



3%

Eltern besitzen keinen PC



16%



7%

Kinder besuchten den Kindergarten maximal ein Jahr lang



36%



14%

Kinder fehlen häufig in der Schule



9%



4%

Arbeitslosigkeit und Qualifikation

Arbeitslosenquoten der 25- bis 64-Jährigen nach formaler Qualifikation 2007

ohne Migrationshintergrund

15,3 %

Gerinqualfiziert

7,8 %

Mittlere Qualifikation

3,0 %

Hochqualifiziert

mit Migrationshintergrund

19,3 %

11,7 %

9,8 %

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt



Die vergleichsweise schlechte Bildung spiegelt sich logischerweise in den Arbeitsmarktstatistiken wider. Denn wer nur einen Hauptschulabschluss hat und/oder ohne Berufsabschluss dasteht, der muss in der Regel mit einfachen Tätigkeiten vorlieb nehmen und ist wesentlich mehr von Arbeitslosigkeit bedroht als gut ausgebildete Menschen. Exemplarisch seien hier drei Kennziffern genannt:

- Die Erwerbstätigkeit von Migranten konzentriert sich vor allem auf Arbeitertätigkeiten. Fast die Hälfte von ihnen verdient ihren Lebensunterhalt in Berufen, die viel körperliche Arbeit verlangen, aber zumeist relativ schlecht bezahlt werden – unter den Nicht-Migranten beträgt dieser Anteil nur rund ein Viertel. Bei den Beamten und Angestellten sind Migranten dagegen unterrepräsentiert.
- Das Arbeitslosengeld I und II (Hartz IV) ist für mehr als ein Fünftel der Migranten in Deutschland die Haupteinnahmequelle. In der übrigen Bevölkerung gilt dies für weniger als jeden Zehnten.
- Die Arbeitslosenquote von Migranten ist mit 14 Prozent etwa doppelt so hoch wie in der restlichen Bevölkerung. Die Quoten zeigen sogar dann erhebliche Unterschiede, wenn beide Gruppen über die gleichen formalen Qualifikationen verfügen. Das gilt insbesondere für Hochqualifizierte: Während nur drei Prozent der einheimischen

Akademiker und vergleichbar gut Qualifizierte arbeitslos sind, ist die Quote unter den Migranten dreimal so hoch. Der Grund dafür ist meistens, dass diese Menschen zwar die formalen Qualifikationen erfüllen, ihnen aber die notwendigen Sprachkenntnisse fehlen. Wenn in einem Haushalt nicht Deutsch gesprochen wird, steigt das Arbeitslosigkeitsrisiko – bei gleichem Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau – gegenüber jenen, die Deutsch beherrschen, um 60 Prozent.

Mangelhafte Bildung, schlechter bezahlte Jobs, höhere Arbeitslosigkeit – all das schlägt sich letztlich auf dem Bankkonto nieder. Wie groß die finanziellen Einbußen sind, lässt sich anhand der Einkommensverteilung zeigen. Dazu teilt man alle Menschen in fünf gleich große Einkommensgruppen und schaut dann, wer im Laufe der Jahre von einer in die andere Gruppe auf- oder absteigt. Unterscheidet man zudem noch zwischen Migranten und Nicht-Migranten, dann zeigt die Statistik für Deutschland folgende Ergebnisse:

- Migranten steigen seltener aus der untersten Einkommenschicht auf als Nicht-Migranten.
- Migranten steigen häufiger aus der Mittelschicht (2. bis 4. Einkommenschicht) in die unterste Gruppe ab.
- Migranten schaffen seltener den Sprung aus der Mittelschicht in die oberste Einkommensgruppe.

Das Armutsrisiko



Wenn Statistiker die Armutsgrenze ermitteln, dann nehmen sie dazu üblicherweise das sogenannte Medianeinkommen zu Hilfe. Das ist das Einkommen desjenigen, der genau in der Mitte stünde, wenn sich alle Menschen eines Landes nach ihrem Einkommen gestaffelt in einer Reihe aufstellen würden. Mit anderen Worten: Das Medianeinkommen teilt die Einkommensbezieher in zwei genau gleich große Hälften – die untere Hälfte hat höchstens, die obere mindestens das Medianeinkommen. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als einen bestimmten Prozentsatz des Medianeinkommens hat – meistens sind das 60 Prozent. In Deutschland liegt die Armutsgrenze für einen Single derzeit bei 938 Euro pro Monat.

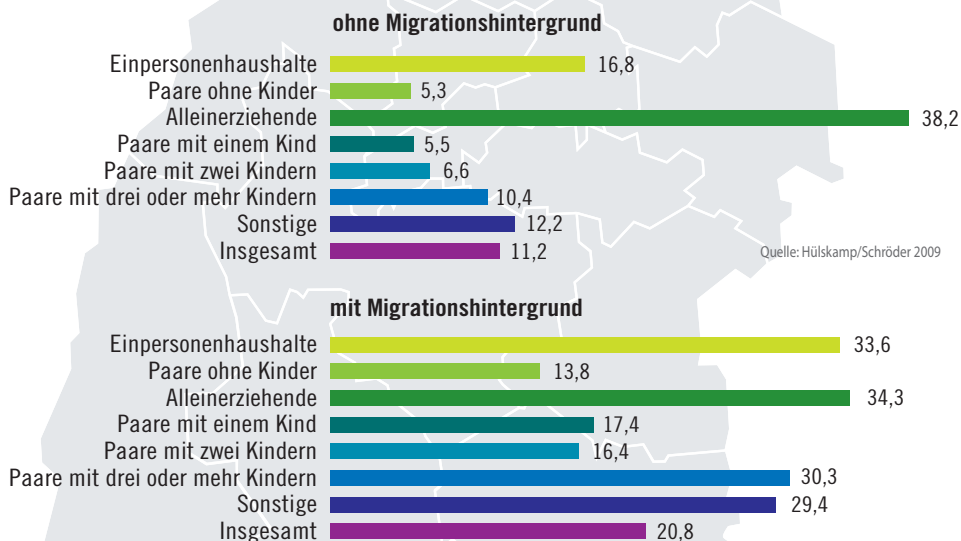
Das Medianeinkommen darf nicht mit dem Durchschnittseinkommen verwechselt werden, denn dieser Durchschnitt (ca. 3.300 Euro brutto pro Monat) ist erstens nichts anderes als die Summe aller Einkommen geteilt durch die Zahl der Einkommensbezieher; zweitens ist das Durchschnittseinkommen wesentlich höher als das Medianeinkommen; und drittens wird es durch extrem niedrige und extrem hohe Einkommen verzerrt.

Je weniger Geld jemand verdient, desto größer ist logischerweise sein Risiko, unter die sogenannte Armutsgrenze zu fallen. Deshalb haben geringqualifizierte Migranten in Deutschland ein fast doppelt so hohes Armutsrisiko (siehe Kasten Seite 11) wie die übrige Bevölkerung. Erreichen sie aber einen mittleren Berufsabschluss, unterscheidet sich ihr Armutsrisiko kaum noch von dem anderer Menschen mit gleicher Qualifikation.

Zum Schluss dieses Kapitels noch eine gute Nachricht: Es lässt sich zwar nicht leugnen, dass viele Migranten ein höheres Risiko haben, arbeitslos zu werden oder unter die Armutsgrenze zu fallen – dennoch dürfen diese Zahlen nicht verallgemeinert werden. Denn sobald die Hürden Sprache und Qualifikation genommen sind, wenn also Migranten und Nicht-Migranten mit gleichen Voraussetzungen antreten, gibt es zwischen diesen beiden Gruppen kaum noch Unterschiede.

Einkommensarmut in Deutschland

Anteil der Menschen, die als einkommensarm gelten, in Prozent



Türkische Migranten in Deutschland

Rund ein Drittel aller türkischstämmigen Migranten in Deutschland lebt in Nordrhein-Westfalen (NRW). Seit 1999 führt das Zentrum für Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen jedes Jahr eine repräsentative Umfrage unter ihnen durch – hier die wichtigsten Ergebnisse der Studie für das Jahr 2009:

- **Demografie:** Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland liegt bei 26 Jahren; drei Viertel der Befragten leben seit mindestens 20 Jahren hier; rund ein Viertel der Erwachsenen ist in Deutschland geboren.

- **Bildung:** Insgesamt ist das formale Bildungsniveau relativ niedrig. Unter denjenigen, die die Schule in der Türkei absolviert haben, hat fast die Hälfte keinen qualifizierten Schulabschluss. Bei Bildungsinländern – und damit jüngeren Zugewanderten – ist das Niveau deutlich höher. Mehr als die Hälfte der türkischstämmigen Migranten verfügt nicht über eine berufliche Ausbildung, auch bei den unter 30-Jährigen liegt dieser Anteil bei mehr als einem Viertel.

- **Beruf und Einkommen:** Unter den erwerbstätigen Migranten finden sich in NRW mit gut 50 Prozent sehr viel mehr an- und ungelernete Arbeiter und mit knapp einem Fünftel sehr viel weniger Angestellte als in der Bevölkerung ohne Migra-

tionshintergrund. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist mit durchschnittlich 2.016 Euro um mehr als 600 Euro geringer als in deutschen Haushalten, und das bei einer fast doppelt so hohen Personenzahl je Haushalt. Gut ein Drittel der türkischen Haushalte in NRW ist von Armut bedroht – deutlich mehr als in der Gesamtbevölkerung.

- **Identifikation:** Die kulturelle Identität der türkischstämmigen Migranten ist zwiespältig: 58 Prozent lassen in der Kombination aus Rückkehrabsicht, Heimatverbundenheit, Staatsbürgerschaft und Einbürgerungsabsicht eine Mischidentität erkennen. Eindeutig auf die Türkei orientiert sind nur 15 Prozent, eine eindeutige Orientierung auf Deutschland findet sich bei gut einem Viertel.



Berufliche Integration: Nachbessern ist gut ...



Egal ob jemand Industriemechaniker, Ärztin, Unternehmer oder Hotelfachfrau werden will – ohne einen Schulabschluss und eine gute Ausbildung ist beruflicher Erfolg schwer möglich. Wie schon im letzten Kapitel gezeigt, haben aber – je nach Altersgruppe – bis zu 40 Prozent der Migranten in Deutschland keinen Berufsabschluss. Um aber allen Menschen die Chance zu geben, in absehbarer Zeit doch noch einen gut bezahlten Job zu bekommen beziehungsweise dafür zu sorgen, dass die jungen Generationen erst gar nicht in solch eine missliche Lage kommen, sind zwei verschiedene Strategien nötig: Die älteren Generationen müssen „nachsitzen“, also zum Beispiel einen versäumten Schulabschluss nachholen, und die jüngeren müssen von Anfang an besser gefördert werden.

Eine erste, kurzfristig zu realisierende Strategie der Nachqualifizierung besteht darin, die geringe Ausbildungsbeteili-

gung von Migranten zu erhöhen. Denn nach den jüngsten Befragungen (2008) macht weniger als ein Drittel von ihnen eine betriebliche Ausbildung – bei den Deutschen sind es dagegen mehr als zwei Drittel.

Die Gründe dafür liegen zum einen im Ausbildungsverhalten der Migranten selbst. Mehr als ein Drittel von ihnen konzentriert sich auf nur sechs Berufe: Friseur/in, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/in, medizinische/r Fachangestellte/r, Kraftfahrzeugmechaniker/in und Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r. Zum Vergleich: Von den deutschen Jugendlichen wählen nur 18 Prozent diese Ausbildungsberufe. Weil insgesamt mehr als 60 Prozent der jugendlichen Migranten in nur 20 von über 350 Ausbildungsberufen anzutreffen sind und zudem über 40 Prozent eine Ausbildung in „schrumpfenden“, sprich an Bedeutung verlierenden Berufen wählen, ist der Ausbildungsmarkt für diese Gruppe entsprechend eng.

Ein anderer Grund dafür, dass relativ wenige junge Leute mit türkischen, polnischen, russischen oder anderen ausländischen Wurzeln eine Berufsausbildung machen, ist die Tatsache, dass einige nicht die nötigen Voraussetzungen für eine Lehre mitbringen, also zum Beispiel keinen Schulabschluss haben oder gravierende Mängel im Lesen oder Rechnen aufweisen. Wer genug Motivation und Willen mitbringt, diese Defizite auszugleichen, dem stehen vielfältige Möglichkeiten offen. Neben den sogenannten Berufsvorbereitungsmaßnahmen wie dem Berufsvorbereitungsjahr und dem Berufsgrundbildungsjahr (mehr Informationen dazu gibt es auf der Homepage des Bundesbildungsministeriums www.bmbf.de) gibt es mehrere Programme, die helfen, doch noch einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die beiden folgenden Beispiele richten sich an Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund:

Großer Bedarf an Nachqualifikation

Menschen ohne beruflichen Abschluss ...

	ohne Migrationshintergrund		mit Migrationshintergrund		Nachqualifizierungsbedarf in 1.000
	in 1.000	in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung	in 1.000	in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung	
25 bis 39 Jahre	669	9	858	39	620
35 bis 49 Jahre	1.023	9	958	39	733
45 bis 59 Jahre	1.136	11	729	38	512
55 bis 69 Jahre	1.178	19	696	49	439

Nachqualifizierungsbedarf: unter der Voraussetzung, dass es unter Migranten prozentual genauso viele Menschen mit einer mindestens mittleren Qualifikation gibt wie unter den Einheimischen; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

wurden. Dass beispielsweise Ärztinnen als Putzfrau oder Taxifahrerin jobben, damit will die Bundesregierung jetzt Schluss machen. Im März 2011 hat sie ein Gesetz verabschiedet, das „einheitliche und transparente Kriterien für die Bewertung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ festschreibt und sich auf akademische sowie nicht-akademische Heilberufe, Ausbildungsberufe

nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung bezieht. Demnach spielt die Staatsangehörigkeit der Antragsteller bei der Bewertung ihrer Abschlüsse künftig keine Rolle mehr – bislang war die Zulassung bei zahlreichen Berufen, etwa bei Ärzten, an die deutsche Staatsangehörigkeit oder die eines anderen EU-Landes gebunden.

Durch das neue Gesetz haben Zuwanderer einen Rechtsanspruch auf Prüfung ihrer Qualifikation und es muss innerhalb von drei Monaten nach Einreichung aller erforderlichen Unterlagen über die Anerkennung entschieden werden.

■ JOBSTARTER

ist ein Programm des Bundesbildungsministeriums, das regionale Projekte fördert. Sie verfolgen im Wesentlichen das Ziel, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze zu gewinnen.

■ Die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ)

richtet sich an junge Leute, die entweder aus individuellen Gründen nur eingeschränkte Vermittlungschancen haben, nicht in vollem Umfang über die notwendige Ausbildungsreife verfügen oder lernbeeinträchtigt beziehungsweise sozial benachteiligt sind. Die EQJ-Teilnehmer absolvieren sechs- bis zwölfmonatige Unternehmenspraktika, die sie auf eine Lehre in einem anerkannten Ausbildungsberuf vorbereiten.

■ **Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** ist ein Thema, das Deutschland leider jahrelang verschlafen hat. „Eine unfassbare Vergeudung von Talent und Wissen“ nennt Thomas Straubhaar, Mitglied im Sachverständigenrat für Integration und Migration, die Tatsache, dass rund eine halbe Million Migranten entweder gar nicht oder weit unter ihrem Niveau arbeiten, weil ihre Abschlüsse in Deutschland bislang nicht anerkannt

Berufsinformationen in Deutschland

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Auf der Homepage www.bibb.de findet man unter der Rubrik „Berufe“ alle Informationen über die mehr als 350 staatlich anerkannten Ausbildungsberufe. Zudem informiert das BIBB regelmäßig über neue oder modernisierte Ausbildungsberufe und bietet Hilfen rund um das Thema „Ausbildung und Berufswahl“.

Berufsinformationszentren (BIZ) der Arbeitsagenturen. Auf der Homepage www.arbeitsagentur.de findet sich eine Stellen- und Bewerberbörse, auf der auch die Unternehmen ihre freien Stellen anbieten. Die Bewerber können ganz gezielt nach Lehrstellen suchen – also zum Beispiel die Entfernung zwischen ihrem Wohnort und der Ausbildungsstelle eingrenzen oder andere Kriterien angeben.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Auf der Homepage www.ihk-lehrstellenboerse.de gibt es ein ähnliches Angebot wie bei der BIBB und den BIZ – und darüber hinaus auch Lehrstellen-Angebote des Berufsverbands der freien Berufe und der Handwerkskammern.

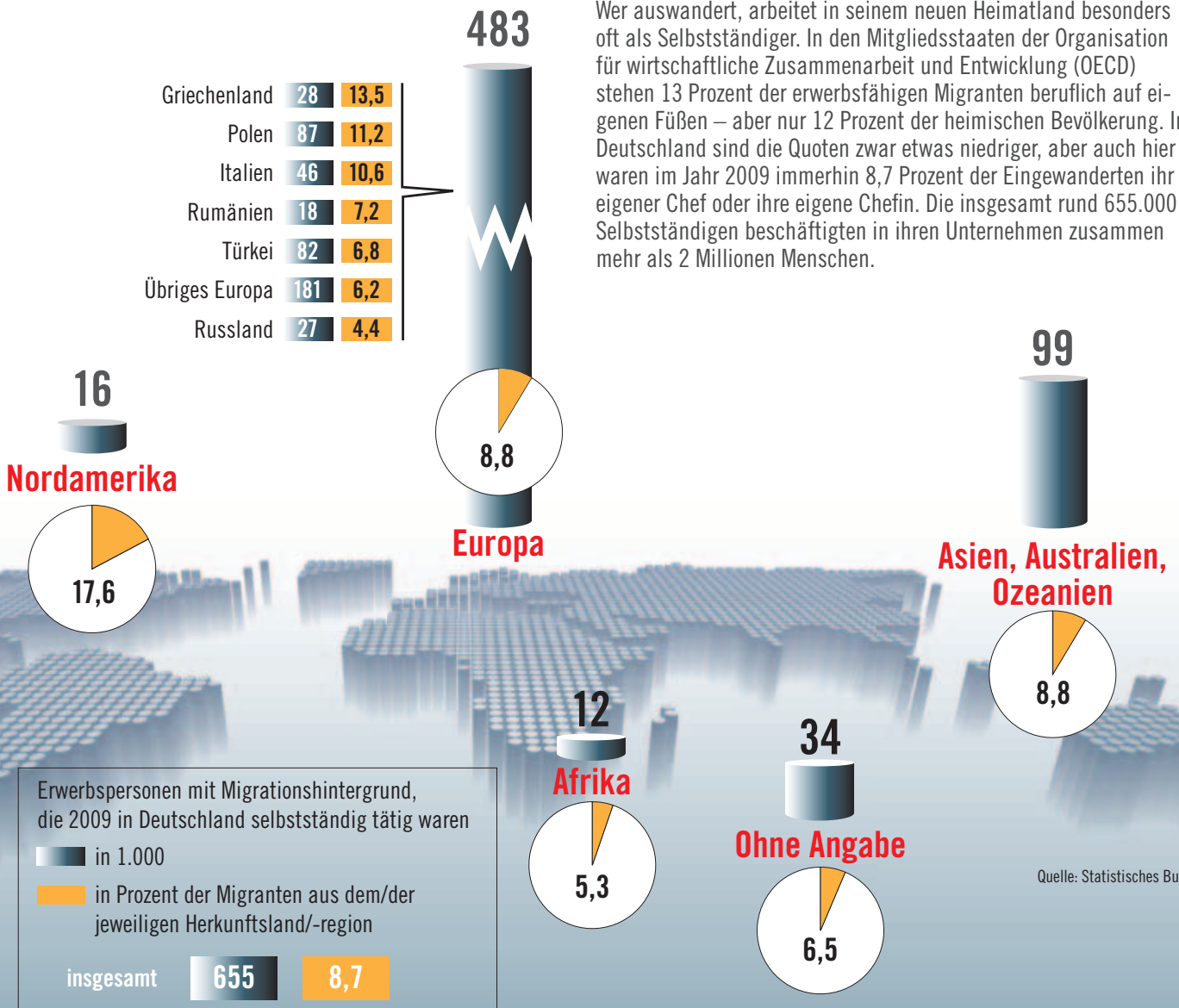
Das Gesetz gilt allerdings zunächst nur für rund 350 Ausbildungsberufe, für die der Bund zuständig ist. Nach Schätzungen der Bundesregierung könnten

bis zu 300.000 Menschen von der Neuregelung profitieren. Jene berufsrechtlichen Regelungen, die in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer fallen

– unter anderem für Lehrer, Ingenieure, Erzieher und Architekten – sollen ebenfalls geändert werden.

Zuwanderer in Deutschland: Erfolg als Unternehmer

Überall auf der Welt kann man folgendes Phänomen beobachten: Wer auswandert, arbeitet in seinem neuen Heimatland besonders oft als Selbstständiger. In den Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stehen 13 Prozent der erwerbsfähigen Migranten beruflich auf eigenen Füßen – aber nur 12 Prozent der heimischen Bevölkerung. In Deutschland sind die Quoten zwar etwas niedriger, aber auch hier waren im Jahr 2009 immerhin 8,7 Prozent der Eingewanderten ihr eigener Chef oder ihre eigene Chefin. Die insgesamt rund 655.000 Selbstständigen beschäftigten in ihren Unternehmen zusammen mehr als 2 Millionen Menschen.



In Deutschland haben sich viele der von Zugewanderten gegründeten Unternehmen in dem Projekt KAUSA zusammengeschlossen: Die „Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen“ hat unter anderem das

Ziel, die Zahl der Ausbildungsplätze für Jugendliche zu erhöhen. Und dabei handelt es sich laut KAUSA nicht nur um die klassischen Migranten-Branchen Einzelhandel und Gastronomie, sondern um mehr als 90 verschiedene

Wirtschaftszweige, darunter viele mit hohem Wachstums- und Innovationspotenzial. Mehrsprachige Informationen über KAUSA gibt es auf der Homepage www.Jobstarter.de unter der Rubrik Themen.

Integration: Wer diskutiert mit?



Wenn in den Medien und in der öffentlichen Diskussion die Themen Integration und Migration zur Sprache kommen, melden sich viele unterschiedliche Personen und Institutionen zu Wort: Wissenschaftler, Politiker, Behörden und Ministerien. Hier ein Überblick über die wichtigsten Akteure aus der Politik und der Verwaltung:

Regierungen und Behörden in Deutschland

■ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

(www.bamf.de) Hier kann man unter anderem nach einer Migrationsberatungsstelle suchen, die möglichst nah am eigenen Wohnsitz ist, man kann nach Integrationskursen recherchieren sowie Publikationen und Formulare downloaden.

■ Bundesministerium des Inneren, Internetportal Zuwanderung

(www.zuwanderung.de) Hier findet man unter anderem das Zuwanderungsgesetz, das Staatsangehörigkeitsgesetz sowie andere Rechtsgrundlagen zum Thema Zuwanderung.

■ Bundesbildungsministerium

(www.bmbf.de) Auf der Seite findet sich unter der Rubrik Bildung die Seite „Integration durch Bildung“. Hier gibt es Informationen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und zum Nationalen Integrationsplan.

■ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

(www.integrationsbeauftragte.de) Auf dieser Seite findet sich das Internetportal Einbürgerung (www.einbuerbung.de), das zum Beispiel darüber informiert, wer einen Anspruch auf Einbürgerung hat und wo man die Antragsformulare bekommt. Außerdem findet man auf der Seite der Integrationsbeauftragten auch die Links zu den Integrationsbeauftragten der 16 Bundesländer.

Warum aus Zuwanderern manchmal Auswanderer werden

Luiza Rigobello Lima hat eigentlich alles richtig gemacht. Die Brasilianerin hat in Hamburg ihr Abitur als Jahrgangsbeste bestanden und dann einen Studienabschluss als Kommunikationswissenschaftlerin gemacht. „Seit Jahren lebe ich nun in Deutschland, fühle mich wohl und möchte hier bleiben und arbeiten“, erzählte sie dem Magazin „Stern“. Doch als ihr eine PR-Agentur ein Volontariat anbot, scheiterte sie an der deutschen Bürokratie: Bis Ausländerbehörde und Arbeitsagentur ihre Zustimmungen gegeben hatten, war so viel Zeit vergangen, dass die dringend zu besetzende Stelle längst vergeben war. Also suchte sich Luiza Rigobello Lima einen Job bei einer Firma, die Obst aus Brasilien importiert, und schickte ihren Arbeitsvertrag vorschriftsmäßig an die Arbeitsagentur. Die ließ Lima drei Monate warten – und lehnte die

Beschäftigung dann mit der Begründung ab, das Gehalt von 1.800 Euro sei „unter dem ortsüblichen Gehalt für Hochschulabsolventen“. Daraufhin flog Lima nach Brasilien zurück: „Dort habe ich mehrere Angebote.“

Luiza Rigobello Lima ist kein Einzelfall: Bei den türkischen Migranten zum Beispiel hat sich seit 2006 der Trend umgekehrt, wonach mehr Türken nach Deutschland kommen als umgekehrt von Deutschland in die Türkei ziehen. Allein im Jahr 2009 gingen etwa 40.000 Türken und türkischstämmige Deutsche in das Land ihrer Väter und Mütter zurück – das waren 10.000 mehr, als umgekehrt in die Bundesrepublik kamen, so die Studie „Türkische Akademiker und Studierende in Deutschland“ des Dortmunder futureorg Instituts. Ein großer Teil der Auswanderer sind

junge Akademiker, die Deutschland vor allem deshalb verlassen, weil sie sich am Bosphorus bessere Berufschancen versprechen. Kamuran Sezer, Leiter des futureorg Instituts, begründet die Trendwende vor allem damit, dass in Deutschland „das Potential der Bildungseliten mit Migrationshintergrund nicht wahrgenommen und genutzt wird“ und warnt vor der Signalwirkung: Da die türkischen Akademiker „Multiplikatoren und Meinungsführer innerhalb der türkischen Community“ seien, „können sie die türkische Gemeinde in Deutschland in ihrer Meinung beeinflussen und prägen“. Die Autoren der Studie bezeichnen das Phänomen als „mentale Abwanderung“: Obwohl die meisten Abwanderungswilligen hier geboren, aufgewachsen und ausgebildet worden seien, könnten sie sich offenbar nicht mit Deutschland identifizieren.

... Vorbeugen ist besser



So sinnvoll kurzfristige Fördermaßnahmen auch sind, letztlich haben sie Reparatur-Charakter, versuchen also, bestehende Mängel wie fehlende Schulabschlüsse oder Sprachkenntnisse auszugleichen. Langfristig muss es aber darum gehen, solche Probleme möglichst erst gar nicht entstehen zu lassen. Dazu wiederum gehört zuallererst die Einsicht, dass die Schwierigkeiten jugendlicher Migranten in der Regel nicht erst beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder von der Ausbildung in den Beruf beginnen, sondern schon vorher – im Elternhaus, im Kindergarten, in der Schule. Kurzum: Nachbessern ist gut, Vorbeugen ist besser.

Die berühmten PISA-Studien und andere Leistungsvergleiche von Schülern haben es schon vor Jahren an den Tag gebracht: Die Ausbildungsreife von Jugendlichen – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund – hängt maßgeblich davon ab, ob sie einen Kin-

dergarten besucht haben, welchen Bildungshintergrund ihre Eltern haben, ob und welche Lernmittel den Kindern zur Verfügung stehen und ob sie mit Lust und Laune in die Schule gehen oder eher genervt und missmutig. Bei den Kindern aus Migrantenfamilien kommt erschwerend noch das Sprachproblem hinzu. Tatsächlich, auch das ist statistisch belegt, schneiden viele von ihnen im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund aber in allen Punkten schlechter ab: Sie besuchen seltener eine frühkindliche Bildungseinrichtung; ihre Eltern haben häufiger einen formal niedrigeren Bildungsabschluss und sie arbeiten seltener begeistert in der Schule mit. Wer also verhindern will, dass Kinder von Anfang an benachteiligt sind, muss genau diese Missstände abschaffen. Für die Eltern heißt das, dass sie ihre Kinder aktiv fördern und unterstützen müssen – und für die Politik heißt das, folgende Aufgaben voranzutreiben:

■ **Ausbau frühkindlicher Bildung.** Zahlreiche Studien belegen, dass es für die spätere Schulkarriere eines Kindes sehr hilfreich ist, wenn es schon früh eine Kindertagesstätte besucht. In einer Untersuchung für die Bertelsmann Stiftung zum Beispiel wurden die Bildungswege von Kindern ausgewertet, die zwischen 1990 und 1995 geboren wurden. Demnach hängt die Antwort auf die Frage, ob ein Kind später das Gymnasium besucht oder nicht, im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: dem Bildungsstand der Eltern und der Teilnahme an frühkindlicher Bildung, also bereits im Alter von unter drei Jahren. Allein der Krippenbesuch erhöht die Wahrscheinlichkeit, später aufs Gymnasium zu gehen, von 36 auf gut 50 Prozent. Ähnliche Zusammenhänge gelten für den Besuch eines Kindergartens, also für den Nachwuchs im Alter von drei bis sechs Jahren.



■ **Intensivere Sprachförderung.** Dass Sprachkenntnisse für das Leben und Arbeiten in einem „fremden“ Land unerlässlich sind, versteht sich zum einen von selbst und ist zum anderen wissenschaftlich belegt. Je früher ein Kind eine fremde Sprache lernt, desto besser. Am besten schon im Vorschulalter im Elternhaus und in der Kindertagesstätte, denn im Alter von bis zu sechs Jahren können eventuelle sprachliche Defizite noch ohne großen Lernaufwand behoben werden. Nach der Einschulung wird es schon deshalb immer schwieriger, eine Fremdsprache zu erlernen, weil die sprachlichen Anforderungen höher werden und die bis dahin aufgelaufenen Sprachschwierigkeiten den Nachwuchs schon am Anfang der Schullaufbahn in allen Fächern zurückfallen lassen – nicht nur im Deutschunterricht.

Ein weiteres Problem ist, dass die bereits vorhandenen Sprachförderangebote häufig mit der Schulzeit enden. Es mangelt an Projekten, die eine Sprachförderung mit der Berufsorientierung und aktiver Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche verbinden. Erschwerend kommt hinzu, dass jugendliche Migranten, die sich bereits im Bildungssystem befinden, in der Regel keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben. Aber auch von jenen, die solch einen Kurs besuchen können, wünscht sich Umfragen zufolge fast die Hälfte, dass die Materialien und Unterrichtsmethoden mehr den Interessen und Bedürfnissen von Jugendlichen gerecht werden und die Sprachförderung enger mit den Themen Berufsbildung und Berufsbildungsvorbereitung verbunden wird.

■ **Bessere schulische Rahmenbedingungen.** Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Ganztagsschulen und Integrationsprozesse von Migranten“ ist zwar noch nicht vollständig ausgewertet, eines lässt sich aber jetzt schon sagen: Während der Grundschulphase helfen Ganztagsschulen den Kindern mit Migrationshintergrund, Rückstände durch anfängliche Sprachprobleme oder bildungsfernere Elternhäuser aufzuholen. Zudem lassen sich auch die bestehenden Ganztagsschulen verbessern. Was vor allem fehlt, sind Schulpsychologen, die sowohl den Schülern als auch den Lehrern zur Seite stehen – den Schülern in Sachen Einzelfall- und Unterrichtshilfe sowie Schullaufbahnberatung, den Lehrern in Sachen Leistungsmessung, individuelle Förderung und Erziehungskonflikte.

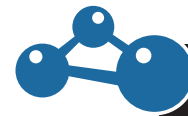
■ **Motivation von Schülern, Eltern und Lehrern.** Wohl jeder kennt das aus eigener Erfahrung: Das A & O einer erfolgreichen Schulzeit ist die persönliche Motivation, der Spaß am Unterricht. Die moderne Hirnforschung bestätigt diese subjektiven Erfahrungen, denn ob, wo und wie Informationen im Gehirn gespeichert werden – also ob und wie gelernt wird – hängt wesentlich vom emotionalen Zustand der Schüler und Schülerinnen während des Unterrichts ab: Die spätere Erinnerungsleistung ist am höchsten, wenn sie sich in der Schule wohl gefühlt haben.



So konnte nachgewiesen werden, dass Schüler dann deutlich bessere Leistungen erreichen, wenn sie in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Unter Selbstwirksamkeit verstehen Psychologen die Überzeugung eines Menschen, bestimmte Fähigkeiten zu besitzen und erfolgreich einsetzen zu können. Mädchen schneiden zum Beispiel in Mathematik dann besser ab, wenn sie darin bestärkt werden, dass sie – entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil – mathematische Probleme genauso gut lösen können wie Jungen.

Die Motivation von Schülern hängt selbstverständlich auch von ihren Eltern ab. Sie sollten ihre Kinder zu aufgeweckten und neugierigen Kindern erziehen, indem sie ihnen ein Vorbild sind. So hat zum Beispiel die „Stiftung Lesen“ 2010 in einer Studie herausgefunden, dass zwar mehr als 80 Prozent der Eltern in Deutschland wissen, wie wichtig das Lesen für die Entwicklung ihrer Kinder ist – trotzdem kümmern sich nur 30 Prozent der Eltern darum, ob und was ihre Kinder lesen. In derselben Studie kam heraus, dass 40 Prozent der deutschen Eltern ihren Kindern nie oder nur gelegentlich vorlesen – in Familien mit Migrationshintergrund sind es sogar 80 Prozent.

Neben der Unterstützung der Eltern braucht es selbstverständlich gut ausgebildete und motivierte Erzieher, Betreuer und Lehrer in den Kitas, Kindergärten und Schulen. Zudem sind bei der Aus- und Fortbildung von Pädagogen integrationsspezifische Inhalte stärker zu berücksichtigen, als dies bisher geschehen ist.



Interkultureller
Bildungs- & Förderverein
für Schüler & Studenten

IBFS



Eine Hand wäscht die andere: Das IBFS-Chancenwerk

IBFS steht für „Interkultureller Bildungs- und Förderverein für Schüler und Studenten“ und beruht auf einer ebenso einfachen wie guten Idee: Wenn Kinder von Migranten in der Schule Probleme haben, kann ihnen kaum einer besser helfen als jemand, der selbst Migrant ist und die Schule bereits erfolgreich abgeschlossen hat, also ein Student. Diese Idee hatte der Deutsch-Türke Murat Vural im Jahr 2004 – und so gründete er das IBFS-Chancenwerk, eine Art Bildungs-Schneeballsystem: Oberstufenschülerinnen und -schüler erhalten zwei Schulstunden pro Woche kostenlose Nachhilfe durch einen Studenten. Als Gegenleistung erklären sie sich bereit, die Hausaufgabenbetreuung für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I zu unterstützen. Der Ansatz von „Hilfe geben und nehmen“ fördert das Selbstbewusstsein, die Lernbereitschaft und die Sozialkompetenz aller Beteiligten. Elternarbeit und begleitende Freizeitprojekte runden das umfangreiche Angebot des Vereins ab. Derzeit gibt es das Chancenwerk an Schulen in Castrop-Rauxel, Bochum, Herne, Schwerte, Gelsenkirchen und Bremen – in Köln, München und Duisburg gibt es Gespräche über die Einführung.

KEN
T
ER

Integration: Ein Gewinn für Deutschlands Zukunft



Als Professor Dr. Klaus J. Bade im Mai 2010 das erste Jahrgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration vorstellte, widersprach er der öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik: „Die Integration in Deutschland ist, trotz einiger Problemzonen, gesellschaftlich und politisch ein Erfolgsfall“, sagte der Migrationsforscher und fügte hinzu: „Sie ist im internationalen Vergleich viel besser als ihr Ruf.“ Das Team um Bade hatte mehr als 5.600 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gefragt, wie sie die Integration in Deutschland einschätzen. Hier einige der – zum Teil überraschenden – Ergebnisse:

■ Zufriedenheit mit ihrer deutschen Heimat

Gefragt, ob sie sich in Deutschland wohlfühlen, sagen über 60 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie sich „sehr wohl“ fühlen, und weitere 35 Prozent antworten mit „eher wohl“. Umgekehrt fühlen sich weniger als fünf Prozent der Migranten hier „eher nicht“ oder „gar nicht“ wohl. Dieses gute Ergebnis mag manchen überraschen – vor allem, wenn sie sich die Antworten der Deutschen anschauen: Von denen fühlen sich nämlich immerhin 6,5 Prozent „eher nicht“ oder „gar nicht“ wohl in ihrer Heimat – in Deutschland gibt es also mehr unzufriedene Deutsche als Migranten.

■ Vertrauen zu den Deutschen

62 Prozent der Migranten vertrauen den Deutschen „eher“ und „voll und ganz“ – von den Deutschen vertrauen aber nur 54 Prozent den eigenen Landsleuten.

„Es gibt

■ Einschätzung der Integrationspolitik

Ob mit oder ohne Migrationshintergrund – jeweils rund die Hälfte der Menschen ist der Meinung, die Integrationspolitik der letzten fünf Jahre habe die Integration von Zuwanderern „wesentlich“ oder zumindest „etwas“ verbessert. Jeweils ein weiteres Drittel sieht keine Veränderung, und nur eine Minderheit – neun Prozent der Deutschen und 16 Prozent der Migranten – meint, die Integration habe sich „etwas“ oder „wesentlich“ verschlechtert. Zu dieser negativen Sicht kommen laut Gutachten „vor allem gering Qualifizierte und Personen mit geringem Einkommen, die in Regionen mit hohem Zuwandereranteil und/oder hoher Arbeitslosigkeit leben“.

■ Politische Maßnahmen zur Verbesserung der Integration

Die große Mehrheit beider Gruppen – Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – sieht als wichtigste Integrationsmaßnahmen die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Diskriminierung sowie das Angebot von Sprachkursen (jeweils 97 Prozent). Diesen Pragmatismus kommentieren die Migrationsforscher so: „Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft schließen sich gerade nicht der zum Teil in der politischen und publizistischen Diskussion hochgehaltenen Sicht an, dass staatliche Integrationspolitik zwischen unüberbrückbaren kulturellen beziehungsweise religiösen Besonderheiten und Partikularinteressen vermitteln müsse, sondern betonen vielmehr die lebenspraktischen Aufgaben.“

■ Erwartungen an die Zuwanderer

Der Trend zu weitgehend übereinstimmenden Einschätzungen setzt sich auch hier fort: Jeweils über 90 Prozent beider Gruppen erwarten von den Zuwanderer vor allem, dass sie sich um Arbeit bemühen, einen guten Bildungsabschluss anstreben und sich an die in Deutschland gültigen Gesetze und Rechtsnormen halten. Die eigene religiöse und kulturelle Lebensweise aufzugeben, wird dagegen kaum erwartet – nur acht Prozent der Einheimischen und zehn Prozent der Zugewanderten stimmen dem „voll und ganz“ zu; aber 26 bzw. 35 Prozent haben diese Erwartung „gar nicht“.

■ Verantwortung für Integration

Auch darüber, wer für eine erfolgreiche Integration verantwortlich ist, herrscht zwischen Migranten und Nicht-Migranten weitgehend Einigkeit: Jeweils rund 90 Prozent sehen „voll und ganz“ oder zumindest „eher“ die Zuwanderer in der Pflicht.

■ Erwartungen an die Gesellschaft

Fast 80 Prozent der Migranten und gut 70 Prozent der Einheimischen erwarten von der deutschen Gesellschaft, dass sie den Zuwanderern berufliche Chancen eröffnet. Noch höher sind die Erwartungen nur in einem Punkt: Jeweils rund 85 Prozent wollen, dass Zuwanderer genauso behandelt werden wie Einheimische.



nur eins,
was auf Dauer teurer ist
als Bildung: **Keine Bildung.**“

Diese Antworten zeigen: Zwar wird die aktuelle öffentliche Diskussion oft von gegenseitigen Schuldzuweisungen beherrscht – die einen reden von integrationsunwilligen Migranten, die anderen von fremdenfeindlichen Deutschen. Tatsächlich aber, so das Fazit der Migrationsforscher, haben beide Seiten – Mehrheits- und Zuwanderungsbevölkerung – ein „gemeinsames pragmatisches und lebenspraktisches Integrationsverständnis, das auf Forderungen kultureller Assimilation ebenso verzichtet wie auf das Reklamieren kultureller Sonderrechte.“

Natürlich sehen die Experten auch Probleme – doch die haben kaum etwas mit dem zu tun, was so manche Schlagzeile und so mancher Buchautor verbreiten: „Integration gelingt oder scheitert nicht insgesamt und abstrakt, sondern in der konkret erfahrbaren Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in den jeweils erreichbaren Bildungseinrichtungen sowie den eingegangenen sozialen Beziehungen. [...] Der Bereich der Bildung bildet dabei allerdings eine besondere Problemzone [...]

In der Tat: Bildung ist zwar nur eine Voraussetzung für Integration, aber

eben eine sehr wichtige. Und das gilt für alle: Denn wo Bildung fehlt, wächst nach Meinung der Migrationsexperten „die Zahl perspektivloser sozialer Verlierer mit und ohne Migrationshintergrund“. Die dadurch zunehmende aggressive Spannung könne den sozialen Frieden gefährden, die unzureichende Qualifikation vieler Jugendlicher blockiere deren Erwerbchancen, begrenze das Arbeitskräfteangebot und belaste den Sozialstaat. Der frühere US-Präsident John F. Kennedy hat diese Zusammenhänge einmal wie folgt auf den Punkt gebracht: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: Keine Bildung.“

Was die Wirtschaft zur Migration und Integration sagt

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) veröffentlichte im November 2010 auf ihrer Internetseite www.deutschland-check.de die Ergebnisse einer Befragung von rund 750 Unternehmen zu den Themen Migration und Integration. Hier die wichtigsten Ergebnisse in Kurzform:

Im Durchschnitt beschäftigen rund **40 Prozent der Unternehmen Mitarbeiter mit Migrationshintergrund**. Die Quote reicht von 36 Prozent bei den kleinen Betrieben über 73 Prozent bei den mittleren Unternehmen bis zu fast 94 Prozent bei Großbetrieben.

Die Unternehmen sehen **Versäumnisse bei der Integration bei allen drei Akteuren: Politik, Migranten und Wirtschaft**.

Die drei wichtigsten Integrationsmaßnahmen sind aus Sicht der Wirtschaft die **Vermittlung grundlegender Deutschkenntnisse, eine berufsbezogene Deutschförderung und die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe** von Jugendlichen in Jugendverbänden und Vereinen.

70 Prozent der Unternehmen **beurteilen die Leistungen dieser Mitarbeiter als genauso gut** wie die Leistungen von Mitarbeitern ohne Migrationshintergrund.



Genauso ist es. All die Programme und Projekte, die im letzten Kapitel zur kurzfristigen und langfristigen Verbesserung der Integration vorgestellt wurden und von denen die meisten in den Bereich der Bildung fallen, kosten den Staat – und damit die Gesellschaft – selbstverständlich erst einmal viel Geld. Wenn dann aber die erhofften Wirkungen eintreten und die geförderten Menschen eine bessere Bildung und Ausbildung vorweisen können, zahlen sich diese Investitionen aus. Denn

wer gut ausgebildet ist, findet leichter einen besser bezahlten Job, hat höhere Karriere-Chancen und ein geringeres Armutsrisiko. Und davon profitiert nicht nur der Einzelne selbst, sondern auch die Gesellschaft.

Wie eine solche Kosten-Nutzen-Rechnung konkret aussehen könnte, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Jahr 2010 für den Bereich der langfristigen Bildungsstrategien einmal vorgerechnet: Dabei sind die

Wirtschaftswissenschaftler davon ausgegangen, dass sich die Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten bei Bildungsabschlüssen und Arbeitslosenquoten durch die Investitionen in Sprachkurse oder den Ausbau der Kinderbetreuung bis zum Jahr 2050 halbieren. Für die Arbeitslosenquote zum Beispiel heißt das: Beträgt der Unterschied zwischen Migranten (14 Prozent Arbeitslose) und der übrigen Bevölkerung (7 Prozent Arbeitslose) heute noch 100 Prozent, sollte er im Jahr 2050 auf 50 Prozent gesunken sein.

Bessere Bildungsintegration: Die Kosten

in Milliarden Euro pro Jahr



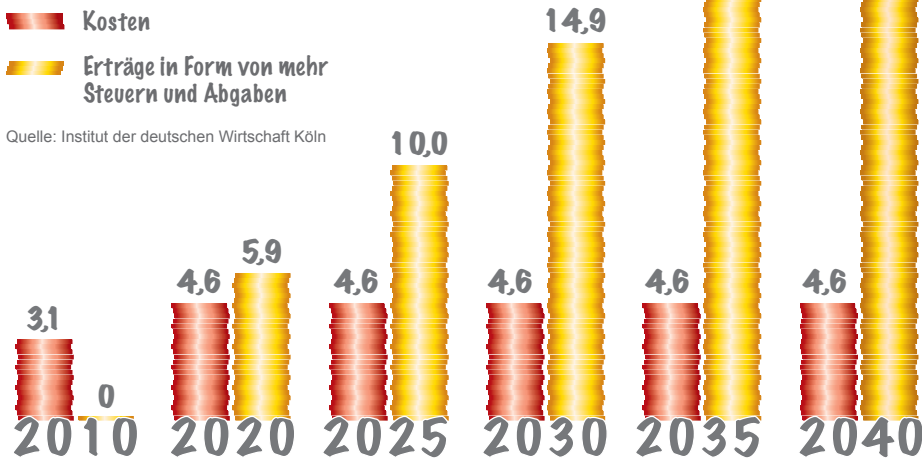
Folgekosten durch bessere frühkindliche Förderung ab 2020



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Integration lohnt sich

So hoch wären die jährlichen Kosten und Erträge, wenn die Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten bei Bildungsabschlüssen und Arbeitslosenquote durch Reformen bis zum Jahr 2050 halbiert würden, in Milliarden Euro



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Kosten. Um zu verhindern, dass Kinder von Migranten schlechtere Startbedingungen haben als andere, muss der Staat – wie im letzten Kapitel gezeigt – vor allem in den Ausbau der Kinderbetreuung, in Sprachförderung und in Ganztagschulen investieren. Insgesamt kosten diese Maßnahmen bis zum Jahr 2020 rund 3,1 Milliarden Euro pro Jahr. Ab 2020 kommen dann noch Folgekosten in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Euro pro Jahr hinzu. Der Grund dafür ist einfach: Wenn die genannten Maßnahmen wie Sprachförderung und mehr Kinderbetreuung Erfolg haben, dann machen von diesen Kindern später logischerweise auch mehr eine Berufsausbildung oder gehen auf die Universität – also braucht man zusätzliche Ausbildungs- und Studienplätze.

Die Erträge. Den Ausgaben stehen langfristig gesehen wesentlich höhere zusätzliche Einnahmen gegenüber. Denn mehr berufliche Integration bedeutet auf der einen Seite weniger Arbeitslose, also weniger staatliche Ausgaben für das Arbeitslosengeld und für

Hartz IV – und auf der anderen Seite mehr Beschäftigung, also mehr Wachstum sowie höhere Steuereinnahmen und Abgaben an die Sozialversicherungskassen.

Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln könnte die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den kommenden Jahrzehnten durch eine bessere berufliche Integration um 0,1 Prozentpunkte höher sein. Die Mehreinnahmen des Staates belaufen sich in diesem Szenario auf knapp 6 Milliarden Euro im Jahr 2020, zehn Jahre später werden es schon knapp 15 Milliarden Euro sein und im Jahr 2040 über 25 Milliarden Euro. Abzüglich aller Kosten addieren sich die Erträge durch die langfristigen Integrationsmaßnahmen bis 2050 auf mehr als 160 Milliarden Euro.

charta der vielfalt

„Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen“, sagen die Initiatoren eines Projekts, das es in Deutschland schon seit 2006 gibt – die „Charta der Vielfalt“ (www.charta-der-vielfalt.de). Dieses Bündnis aus mehr als 1000 Unternehmen und Institutionen hat sich zum Ziel gesetzt, „ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.“

Die Unterzeichner der Charta – darunter so prominente Unternehmen wie BASF, Daimler, Deutsche Telekom und IKEA – handeln dabei durchaus auch aus Eigennutz. Der Konsumgüterhersteller Henkel zum Beispiel betont, es sei schlichtweg logisch, Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln zu beschäftigen: „Der kulturelle Hintergrund unserer Leute hilft uns zu verstehen, was unsere Kunden in anderen Ländern wollen“, zitiert Spiegel-Online das Unternehmen. Doch diese Strategie ist nicht nur profitabel, sondern auch chic, denn sie verleiht den Firmen ein weltoffenes Image, wie Thomas Müller, Chef der Agentur „Die PR-Berater“ weiß: „Die Personalrekrutierung von Mitarbeitern mit anders klingenden Namen ist auch Geschäftspolitik.“

Für Neugierige: Lesen, googeln, mitmachen

Die folgende Auswahl erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder Objektivität.

Bücher und Studien

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: „Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland“; Januar 2009, PDF-Download unter www.berlin-institut.org

Deutscher Bundestag: „Achter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“, Drucksache 17/2400 vom 7. Juli 2010

Glorius, Birgit: „Transnationale Perspektiven – Eine Studie zur Migration zwischen Polen und Deutschland“, transcript Verlag, Bielefeld 2007

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: „Integrationsrendite – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten“, Köln 2010

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR): „Einwanderungsgesellschaft 2010 – Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer“

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR): „Migrationsland 2011 – Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer“

Stiftung Zentrum für Türkeistudien (ZfTI): „Teilhabe und Orientierung türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in NRW – Ergebnisse der zehnten Mehrthemenbefragung 2009“

Internetadressen

www.arbeitsagentur.de: Auf dieser Seite gibt es unter anderem Informationen zur Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ).

www.bmbf.de (Bundesbildungsministerium): Hier finden sich unter anderem Informationen zum JOBSTARTER-Programm.

www.bpb.de (Bundeszentrale für politische Bildung): Unter der Rubrik Themen/Gesellschaft finden sich zahlreiche Dossiers, Aufsätze, Zahlen und Fakten sowie Unterrichtsmaterial für Lehrer zu den Themen Migration und Integration.

www.ibfs-ev.org: Der „Interkulturelle Bildungs- und Förderverein für Schüler und Schülerinnen“ bietet Hausaufgabenhilfe, Nachhilfekurse, Vorbereitungskurse auf die Sekundarstufe I und das Abitur, Sprachkurse, Freizeitgestaltung und Jugendarbeit.

www.migration-info.de: Ein Projekt des Netzwerks Migration in Europa und der Bundeszentrale für politische Bildung; hier gibt es unter anderem eine Übersicht über aktuelle Integrationsprojekte sowie Statistiken und einen Veranstaltungskalender.

www.vielfalt-als-chance.de: Der Verein „Charta der Vielfalt“ widmet sich unter anderem dem Thema „Diversity Management“, also der Idee, dass die ethnische und kulturelle Vielfalt der Beschäftigten zum wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens beitragen.

www.zfti.de: Die „Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung – Institut an der Universität Duisburg-Essen“ beschäftigt sich mit Fragen der Migration und Einwandererintegration.



Wenn in Deutschland über die Integration der fast 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert wird, gehen die Meinungen so weit auseinander wie bei kaum einem anderen Thema. Diese Broschüre betrachtet Migration und Integration jenseits aller Ideologie, nämlich aus rein bildungs-ökonomischer Sicht: Was sind die Fakten? Wo liegen die Probleme? Und was müssen der Staat und die Einwanderer sowie

deren Nachfahren selbst tun, damit möglichst alle jugendlichen Migranten die Schule und eine Berufsausbildung erfolgreich abschließen und damit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können?

Neben den Antworten auf diese Fragen bietet die Broschüre zahlreiche nützliche Internetadressen und Anlaufstellen zum Thema Integration.

Mehr Informationen zur Sozialen Marktwirtschaft gibt es auf folgenden Internetseiten:

www.insm.de

www.DasRichtigeTun.de

www.oekonomenblog.de

www.insm.de